

AL Info² / 26

- 3 Im Interview blickt Tanja Maag zufrieden auf die intensive Zeit des Stadtratswahlkampfes zurück.
- 4 Am 14. Juni stimmen wir über vier wohnpolitische Vorlagen ab, im Zentrum die Wohnschutz-Initiative. Übersicht und Analyse von Niggi Scherr.
- 8 «AL, hör die Signale!» – Samir appelliert an die internationale Solidarität und fordert mehr Einsatz für die Menschenrechte.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

JA zum ewz-Bonus

Am 14. Juni stimmen wir über die AL-Initiative «ewz-Bonus für alle» ab. Angesichts der Rekordgewinne von ewz verlangt sie eine einmalige Volksdividende von 80 Millionen Franken – 340 Franken pro Haushalt oder Betrieb.

Dank dem hochprofitablen Handel mit seinen Produktionsüberschüssen an der Strombörse hat unser städtisches Elektrizitätswerk 2023-2025 Rekordgewinne eingefahren – insgesamt über 1 Milliarde Franken! Obwohl das ewz jedes Jahr 80 Millionen Franken Gewinn an die Stadt abliefern, ist das Eigenkapital mittlerweile auf stattliche 2'775 Millionen Franken angewachsen. Aktuell deckt dieses das gesamte Anlagevermögen – Kraftwerke, Strom- und Fernwärmenetze und Kraftwerksbeteiligungen – zu 116%. Das ist ein absoluter Rekordwert! Er zeigt, dass das ewz äusserst solide finanziert ist. Es verfügt über mehr als ausreichend Eigenkapital, um die Herausforderungen der Energiewende, den Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion und der Fernwärme, zu meistern.

Beteiligung am Rekordgewinn

Das ewz gehört der Stadt und damit uns allen. Dank der AL konnte zweimal – 2000 und 2016 – eine Ausgliederung und Privatisierung verhindert werden. Angesichts der aktuellen Rekordgewinne des ewz ist es an der Zeit, auch die 235'000 Strombezüger:innen am guten Geschäftsgang teilhaben zu lassen. Wie das etwa genossenschaftlich organisierte Versicherungen mit ihren Kund:innen machen. Wir alle, die wir Strom vom ewz beziehen, sind schliesslich auch Mitbesitzer:innen des städtischen Elektrizitätswerks.

2023 - 2025: ewz macht Rekordgewinne (Mio CHF)



80 Millionen Franken Volksdividende

Was verlangt die Volksinitiative «ewz-Bonus für alle» der AL? Aus dem ewz-Gewinn von 2024 soll neben der bereits erfolgten Ablieferung von 80 Millionen Franken an die Stadtkasse ein gleich grosser Betrag an die Kund:innen in der Grundversorgung rückerstattet werden – als einmalige Volksdividende. Wir alle haben während Jahren die regulierten, kostenbasierten Tarife bezahlt, während Grosskund:innen auf Vertragsbasis lange von deutlich tieferen Marktpreisen profitieren konnten.

Haushalte und KMU entlasten

Für jeden Haushalt und Gewerbebetrieb bringt die Initiative eine Rückerstattung von 340 Franken. Das ist eine spürbare Entlastung im Alltag. Mit dem ewz-Bonus können wir zum Beispiel die Hälfte eines VBZ-Abos oder die Saisonkarte des städtischen Eishockeyclubs bezahlen – oder ihn als willkommenen Zustupf an die ständig steigenden Krankenkassenprämien nutzen. Und er bringt den meisten weitaus mehr als eine Sen-

kung der Steuern: Bei einem Durchschnittseinkommen entspricht der ewz-Bonus einer Steuerfusssenkung von 19 Prozent für Einzelpersonen und 8 Prozent für Verheiratete. Für über 90 Prozent aller Steuerpflichtigen bringt er mehr als eine 3-prozentige Steuerfussreduktion, wie sie die Bürgerlichen regelmässig fordern.

Erfolgreiche Bonusaktionen der AL

Die AL-Initiative ist keine Premiere. Wir knüpfen damit an die von uns lancierten erfolgreichen ewz-Bonusaktionen der Nuller-Jahre an. Statt einseitigen Tarifgeschenken für Grossbezüger:innen forderte die AL 2002 mit der vom Gemeinderat unterstützten Einzelinitiative «Strompreisrabatt für alle!» einen einheitlichen Bonus für alle. Im März 2003 beantragte der Stadtrat dann die «Ausschüttung ausserordentlicher Gewinne des Elektrizitätswerks als befristete Bonusaktion». Von 2003 bis 2014 wurden insgesamt weit über 500 Millionen Franken an die ewz-Kund:innen rückvergütet.

Christian Häberli
AL-Gemeinderat

Parolen

BUND

Keine 10-Millionen-Schweiz **NEIN**

KANTON

Vertretung Kantonsratsmitglieder **JA**

Wohneigentums-Initiative **NEIN**

Wohnungsinitiative

A. Volksinitiative **JA**

B. Gegenvorschlag **NEIN**

C. Stichfrage **INITIATIVE**

Wohnschutz-Initiative

A. Volksinitiative **JA**

B. Gegenvorschlag **NEIN**

C. Stichfrage **INITIATIVE**

Stopp-Prämien-Schock **NEIN**

STADT

ewz-Bonus für alle **JA**

Umsetzung §49b PBG **JA**

Steuern Alterszentren **JA**

Parkplatz-Kompromiss **NEIN**

Tram Affoltern **NEIN**

Termine

Dienstag 26. Mai, 19 Uhr:

AL-Mitgliederversammlung, Aktionsraum Quartierzentrum Bäckeranlage, Hohlstrasse 67, 8004 Zürich

Alle Parolen und aktuellen AL-Termine online unter: **www.al-zh.ch**

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Amina Arn, Christian Caspar, Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 1800 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

Layout Amina Arn, Christian Caspar

Redaktion Amina Arn, Christian Caspar, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Patrik Maillaird, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Wechsel im Kantonsrat

AL-Kantonsrätin Lisa Letnansky übernimmt im Juli 2026 die Co-Intendanz des Tanzhauses Zürich. Um sich auf die neue berufliche Aufgabe fokussieren zu können, gab sie ihr politisches Amt als Kantonsrätin der AL für den Stadtzürcher Wahlkreis 4/5 per 30. März 2026 ab.

Lisa Letnansky ist 2023 in den Kantonsrat gewählt worden. Sie hatte für die AL-Fraktion Einsitz in der Kommission für Justiz und Sicherheit (KJS). Als Schattenkommission betreute Lisa zudem die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK). Als langjähriges Vorstandsmitglied brachte sie von Anfang an viel politisches Know-how mit. Zu ihren Schwerpunkten gehörten Kulturpolitik, Grundrechte und Migration. Sie setzte sich für Geflüchtete und für Menschen ein, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Und sie sorgte dafür, dass Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierung im Kanton Zürich künftig einen Solidaritätsbeitrag von 25'000 Franken erhalten. Mit Lisa Letnansky verliert die AL-Fraktion eine pointierte Rednerin, eine engagierte Kulturpolitikerin und eine Fürsprecherin für jene, die keine Lobby haben.

Die vor drei Jahren bei den Kantonsratswahlen auf der AL-Liste des Zürcher Wahlkreises 4/5 Kandidierenden haben auf Anfrage ein Nachrücken in den Kan-



David ist für Lisa als Kantonsrat des Wahlkreises 4/5 nachgerückt.

tonsrat aus persönlichen und beruflichen Gründen abgelehnt. Gemäss Gesetz über die politischen Rechte können in diesem Fall die Unterzeichnenden der Wahlliste eine Ersatzperson bestimmen. Nach Hearings mit zwei Kandidat:innen wählte der Vorstand der AL David Garcia Nuñez als Ersatzperson.

David Garcia Nuñez trat im Januar 2017 für den Wahlkreis 4/5 in den Gemeinderat ein. Dort war er bis Mai 2022 Mitglied der Spezialkommission Gesundheits- und Umweltschutz. Seit März 2022 war er Co-Präsident der AL-Fraktion im Zürcher Gemeinderat. David wurde im März 2026 wieder in den Gemeinderat gewählt. Seit April 2026 nimmt er die beiden Ämter als AL-Kantons- und AL-Gemeinderat für den Kreis 4/5 wahr.

Judith Stofer, Walter Angst
AL-Vorstand

Danke, Karen!

Karen hatte von Anfang an Einsitz in der Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung (SK HBD/SE). Das ist eine der zentralen Kommissionen für die AL und im Rat. Hier wird die Stadt sozial entwickelt – oder eben auch nicht. Bei all diesen anspruchsvollen wohnpolitischen Geschäften hat Karen ihr Ziel nie aus den Augen verloren: dass sie Politik macht für Menschen, die der gesellschaftlichen Kälte ausgesetzt sind. Mit den Hochhausrichtlinien und der Marina Tiefenbrunnen hat sie kürzlich zwei wichtige Geschäfte abgeschlossen und mit klugen Voten und Bravour den Bürgerlichen – wie auch unseren Verbündeten der SP – die AL-typische klare Kante gezeigt.

Parallel dazu hat Karen über mehrere Jahre hinweg mit der Hofbar einen Treffpunkt geschmissen, der die Menschen im Quartier und in der AL auf herzliche Art zusammenbrachte. Auch innerhalb der Fraktion ging es ihr immer ums Wohlergehen der Gruppe und dass das Miteinan-



Für Karen übernimmt Mischa im Gemeinderat das Mandat des Wahlkreises 7/8

der radikal ins Zentrum gestellt wird. Karen, du bist fantastisch und wir werden dich vermissen.

Karen Hug war seit 2023 AL-Gemeinderätin für den Wahlkreis 7/8. Bei den letzten Wahlen ist Karen nicht mehr angetreten. Am 15.4. wurde sie nach der letzten Ratssitzung in dieser Legislatur verabschiedet. Für Karen rückt der am 8. März gewählte Mischa Schiow nach.

Sophie Blaser, David Garcia Nuñez
AL-Gemeinderät:innen

«Fehler feiern, Haltung bewahren»

Die AL kann mit dem Wahlergebnis vom 8. März zufrieden sein. Auch Tanja Maags Resultat als Stadtratskandidatin übertraf die Erwartungen. Nach intensiven Wochen des Wahlkampfes blickt sie zurück.

Tanja, was hast du über dich entdeckt im Wahlkampf?

Meine Schwächen haben sich nicht vermehrt. Und ich habe gelernt, mit statt gegen die eigenen Schwächen zu arbeiten. Meinen Hang zu einer perfekten Vorbereitung konnte ich mir in den Spitzenzeiten abschminken. Ich musste improvisieren und mir meine Fehler verzeihen. Manchmal habe ich sie richtiggehend physisch gefeiert, mit erhobener Faust im Sinn von «Yeah, das war jetzt wirklich schlecht, yeah!».

Was hast du aus deinen öffentlichen Auftritten gelernt?

Dass es beides braucht: grosse Flexibilität und klare Haltung. Ich wollte mich nicht verbiegen, nur damit man mich mag. Dieses Spannungsfeld war anregend, aber auch herausfordernd. Beim Anlass der Frauenzentrale wurde mir eine kritische Frage zu einem Thema gestellt, bei dem ich weiss, da gerate ich ins Wanken. Bei der Israelitischen Kultusgemeinde fand das Publikum meine Haltung nicht nur toll. Am KiSpi-Podium gelang es mir, in wenigen Punkten das Wichtigste zu sagen. Beim Gastroverband musste ich überraschenderweise als Erste einen 3-Minuten-Elevator-Pitch hinlegen. In diesem Umfeld ist AL gleichbedeutend mit Spassbremse. Ich thematisierte den Zusammenhang zwischen hohen Mieten und Club- und Barsterben und hob die Wichtigkeit von Off-Spaces hervor. Wir müssen für den Erhalt von unkommerziellen Begegnungs-orten kämpfen, wie etwa für die beiden noch bestehenden Hallen des ehemaligen Güterbahnhofs, die für eine Fusswegverbindung zur Hardbrücke abgerissen werden sollen.

Die Yonex-Halle neben dem Viadukt wäre ein ähnliches Beispiel.

Ja, die soll weg, damit eine Velorampe gebaut werden kann. Mich stört diese Inflexibilität, die es so schwierig macht, beides – Infrastruktur und Verweilorte – gleichrangig anzuerkennen. Was nützt uns Infrastruktur, wenn wir alles Coole ausradieren?

Das hat dann auch mit dem zu tun, was du als Caring Community bezeichnest.

Ich weiss, das klingt so pflegerisch, ist aber überhaupt nicht so gemeint. Es geht



Tanja machte mit 37'267 Stimmen bei den Stadtratswahlen ein sehr gutes Resultat (Bild: Flurina Rothenberger)

um Orte, die aus einer Bottom-up-Dynamik heraus entstehen und bewahrt werden müssen. An solchen Orten entsteht Gemeinschaft, man identifiziert sich mit ihnen.

Gab es unvergessliche Momente im Wahlkampf?

Viele. An der Frauendemo vor dem Wahlsonntag zusammen durch die Strassen zu ziehen. Einige Frauen riefen mir zu, sie hätten mich gewählt. Oder die zwei Genossen von Dem-Kurd, die mit mir und David Garcia Nuñez Kebab-Läden abklapperten und Flyer verteilten. Das war lustig und berührend zugleich, weil sie sich trotz der schwierigen Lage in Rojava Zeit für den AL-Wahlkampf nahmen.

Euer Social-Media-Auftritt war sehr gelungen!

Ja, am Koch-Fest machten wir einen ersten Mini-Clip und merkten bald, wie gut das läuft. Also sollten alle GR-Kandidierenden ein Video von sich machen. Wir stellten Len Hirsbrunner für die Kampagne an, der Dani Gnägi etwas entlasten konnte. Die Arbeit war sehr aufwendig. Was wir machten, war eine super Mischung aus Authentizität, Professionalität und hatte hohen Erkennungswert.

Dein Fazit?

Mich freut, dass der AL und unserer politischen Arbeit bei Umfragen und in persönlichen Gesprächen eine hohe Glaubwürdigkeit attestiert wurde. Das Miteinander, also die Verknüpfung der Stadtrats- und Gemeinderats-Kampagnen, den engen Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen, müssen wir für künftige Kampagnen unbedingt beibehalten. Durch grossartiges Teamwork lässt sich viel erreichen! – Wir haben etwas angestossen, was weitergeht.

Interview: Andrea Leitner, Redaktionsmitglied

AL-Kulturtipps:



Nicole Wyss empfiehlt das Album «Inertia» von Grandson (XX Records).

Seine Musik ist laut, politisch,

wütend und gesellschaftskritisch. Der unter seinem Künstlernamen bekannte kanadisch-US-amerikanische Sänger Grandson thematisiert Machtmissbrauch, soziale Missstände und Ungerechtigkeiten. Live ist er eine energetische Wucht. Nicht nur durch die Musik, sondern auch durch seine Ansprachen, sein politisches Interesse – auch an den Auftrittsländern – und seine authentische Art. Wer «Rage against the machine» mag, der wird auch Grandson schnell ins Herz schliessen. Wenig überraschend, dass Gitarren Gott Tom Morello mit dem jüngeren Kollegen einen Song aufgenommen hat. «Inertia», das jüngste Album von Grandson, ist ein solides Rap-Rock-Album mit Nu-Metal-Einflüssen. Wütend wird zum Beispiel die Doppelmoral der amerikanischen Politik kritisiert. Solche Acts sind gerade in der heutigen Zeit wichtiger denn je.



Tanja Maag empfiehlt den Film «Hirschfeld» von Stina Werenfels und Samir. Zur Zeit im Kino.

Kurt Hirschfeld hat das Schauspielhaus Zürich

in den Kriegsjahren und darüber hinaus massgeblich geprägt. Die Filmemacher:innen Stina Werenfels und Samir erzählen Hirschfelds Geschichte aus Sicht seiner Tochter, was Nähe schafft. Mit unglaublichem Gespür brachte Hirschfeld die Ungeheuerlichkeit und den Schmerz seiner Zeit auf die Bühne und machte das Schauspielhaus zu einem Ort des kulturellen Widerstands. Antifa auf der Bühne. Mutig er selbst, aber auch die Verantwortlichen, die mit ihm als Intendant ein Zeichen gegen Faschismus und Antisemitismus setzten. Vielleicht gerade deswegen – oder warum sonst? – wurde die Erinnerung an Hirschfeld lange verdrängt. Seine Geschichte hält uns den Spiegel vor. Dabei sollten genau solche Geschichten unsere Erinnerungskultur prägen. Menschen, die wie Kurt Hirschfeld unsere Stadt menschlich machen, gehören in den Mittelpunkt.

JA zum Wohnschutz

Am 14. Juni kommen in Kanton und Stadt gleich vier wohnpolitische Vorlagen zur Abstimmung, im Zentrum die Wohnschutz-Initiative des Mieterverbands. Eine Übersicht von Niggi Scherr.

JA zu einem griffigen Wohnschutz

Mehrfamilienhäuser, die noch gut erhalten sind, werden abgerissen, um mit einem Neubau mehr Profit zu erzielen. Leerkündigungen werden gezielt eingesetzt, um nach Renovationen die Mieten massiv zu erhöhen. Verdrängung ist kein Einzelfall, sondern Alltag auf einem Wohnungsmarkt, wo der Mietprofit mehr zählt als die Menschen.

Hier setzt die Wohnschutz-Initiative des Mieterinnen- und Mieterverbands an. Sie will den Gemeinden Instrumente in die Hand geben, um aktiv gegen diese Entwicklung vorzugehen.

- Sie können Baubewilligungen mit zeitlich befristeten Auflagen zur Begrenzung der Mieten verbinden, damit sie nach Renovationen nicht ins Unermessliche steigen. Leerkündigungen werden damit unrentabel.
- Wer Mehrfamilienhäuser ersetzen will, kann verpflichtet werden, gleich viel bezahlbare Wohnungen wie bisher zu erstellen. Unnötige Abrisse werden damit unattraktiv. Das hilft, graue Energie zu erhalten. Und Mieter:innen bekommen die Chance, in eine bezahlbare Wohnung umzuziehen.
- Ob und welche Wohnschutzmassnahmen umgesetzt werden, entscheiden die Gemeinden. Das ermöglicht Lösungen, die auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten sind.

Aus Angst vor einem Ja haben die Bürgerlichen last minute einen Placebo-Gegenvorschlag gebastelt, der eine bessere Information verlangt, den Mietenden nichts bringt und rechtlich auf wackligen Beinen steht.

2 Millionen Franken für das Nein

Schon seit Monaten macht die Immobilienlobby gegen die Initiative mobil und stilisiert sie zur Schicksals-Abstimmung. An Kongressen und in den Medien wird der Wohnschutz – und der Mieterschutz ganz generell – schlechtgeredet und schlechtgeschrieben. Wüest Partner, Marco Salvi von Avenir Suisse, Michael Herrmann von Sotomo: Ein «Experten»-Gutachten jagt das andere. Das Mantra bleibt immer gleich: Die Bestandsmieten sind zu tief, nur mehr Markt bringt die Lösung.

Das Nein-Komitee von «Fürschi Züri» gibt geschätzte 2 Millionen Franken aus. Mit Schauergeschichten aus den Wohnschutz-Kantonen Baselstadt und Genf suggeriert es, der Wohnungsbau würde abgewürgt, Wohnungen verlottern und energetische Sanierungen ausbleiben. Dumm nur, dass in Baselstadt die Förderbeiträge für energetische Verbesserungen gestiegen sind und Genf einen besseren Wohnbausaldo aufweist als Zürich...

JA zur Wohnungsinitiative

Die Verfassungs-Initiative der Grünen verlangt, dass Kanton und Gemeinden wohnpolitisch Verantwortung übernehmen und für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnraumangebot sorgen. Eine kantonale öffentlich-rechtliche Anstalt mit einem Startkapital von 500 Mio. Franken soll Grundstücke erwerben, günstigen Wohnraum erstellen oder Baurechte gewähren. Der Wischiwaschi-Gegenvorschlag der bürgerlichen Mehrheit propagiert bewährt neoliberal die Schaffung «günstiger Rahmenbedingungen» und eine «Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren» – ganz nach dem Motto: Weiter so mit e bitzeli mehr Deregulierung!

HEV: Peinlicher Profilierungsversuch

Die Wohneigentums-Initiative des Hauseigentümerversbands (HEV) ist ein Frontalangriff auf eine eigenständige Wohnpolitik der Gemeinden und stellt die bewährte Wohnbauförderung und den wohnpolitischen Grundsatzartikel der Stadt radikal in Frage. Überall, wo Gemeinden Wohnungen bauen und erwerben oder den Wohnungsbau fördern, sollen sie

die Hälfte als Wohneigentum abtreten. Die Folgen wären absurd. So müsste die städtische Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen nach einem Kauf die Hälfte der Wohnungen gleich wieder an Private verkaufen und betroffene Mieter:innen auf die Strasse stellen. Mehr als ein peinlicher Profilierungsversuch des HEV ist die Initiative nicht. Die dreiste Forderung nach einer hälftigen Zwangs-Privatisierung verdient ein klares Nein.

49b PBG: Umsetzung mit Augenmass

Wenn die Gemeinden in der Bau- und Zonenordnung (BZO) oder in einem Gestaltungsplan Investoren erlauben, dichter und höher zu bauen, können sie gemäss § 49b Planungs- und Baugesetz (PBG) verlangen, dass ein Teil der neuen Wohnungen dauerhaft preisgünstig in Kostenmiete vermietet wird. Die städtische Umsetzungsverordnung regelt, wie diese Wohnungen vermietet werden. Auf Initiative der AL konnte ein ausgewogener und breit abgestützter Kompromiss gefunden werden, der eine Überprüfung des Einkommens bei Vermietung und eine zweijährliche Kontrolle der Wohnungsbelegung vorsieht. Er begrenzt den Verwaltungsaufwand der Hauseigentümer und vermeidet unnötige Härten für die Mietenden. Die FDP hat dagegen das Referendum ergriffen. Zwar bekämpft sie seit jeher erbittert den Bau preisgünstiger Wohnungen nach § 49b PBG, fühlt sich aber berufen, zu bestimmen, wer darin wohnen darf. Das ist ein wenig so, als ob Brandstifter das Feuerwehr-Reglement verfassen würden...

Niklaus Scherr,
Redaktionsmitglied



Wohnraum zurückerobern

Was von aussen als gewöhnliches Wohnhaus erscheint, ist vielfach längst kein Zuhause mehr. Hinter anonymen Klingeln, Schlüsselboxen und digitalen Türschlössern verbirgt sich ein Geschäftsmodell, das Wohnraum systematisch dem Quartier entzieht. In Zürich wird diese Entwicklung zunehmend sichtbar – nicht zuletzt dank der Bewegung «Reclaim».

243 Business Apartments in Wiedikon

Im Sommer 2025 stellten sich Aktivist:innen der AL-Quartiergruppe Wiedikon folgende Fragen: Wie viele Business Apartments gibt es in Wiedikon? Und wer profitiert davon? Die Antworten fielen noch deprimierender aus als erwartet. Bis heute hat «Reclaim Wiedikon» 243 Einheiten dokumentiert: möblierte Wohnungen, die für kurz- bis mittelfristige Aufenthalte vermietet werden – und damit dem regulären Mietmarkt fehlen.

Oft handelt es sich um ehemals grössere Wohnungen, die in kleinere Einheiten aufgeteilt wurden. Drei Viertel der in Wiedikon erfassten Objekte sind Studios oder Wohnungen mit maximal zwei Zimmern. Der Umbau folgt einer klaren Logik: maximale Rendite bei minimaler Bindung. Eine Handvoll grosser Anbieter

dominiert den Markt, darunter auch internationale Firmen wie «Blueground». Meist übernehmen sie ganze Häuser, um sie als temporäre Unterkünfte zu vermieten. Die Preise orientieren sich nicht mehr am lokalen Mietniveau, sondern an Hotelтарифen. Im Schnitt kostet ein Apartment rund 3'390 Franken pro Monat, Einzelfälle erreichen ein Vielfaches davon.

Für das Quartier hat das spürbare Folgen. Wohnraum für Familien und Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen verschwindet. Die soziale Durchmischung gerät aus dem Gleichgewicht, Nachbarschaften werden instabil. Wer nur auf Zeit bleibt, baut keine Beziehungen auf, engagiert sich nicht im Quartier.

«Reclaim Wiedikon» geht online

Aus der Recherche entstand Bewegung. Im Herbst 2025 ging die Plattform «Reclaim Wiedikon» online – mit einer interaktiven Karte, die zeigt, wo und in welchem Ausmass Wohnungen umgenutzt werden. Ein Adventskalender auf Instagram brachte täglich ein weiteres Beispiel für den schleichenden Verlust von Wohnraum. Quartiersspaziergänge machten die Entwicklung vor Ort erfahrbar: Häuser wurden markiert, Zusammenhänge

sichtbar gemacht. Der Andrang war gross, das Bedürfnis nach Aufklärung offensichtlich.

«Reclaim Chreis Cheib» und «Reclaim Züri Nord»

Inzwischen hat sich die Initiative über Wiedikon hinaus ausgedehnt. «Reclaim Chreis Cheib» hat in den Kreisen 4 und 5 über 700 Business Apartments dokumentiert und Spaziergänge durchgeführt. «Reclaim Züri Nord» richtet den Blick auf Oerlikon und Seebach. Die Forderungen bleiben überall dieselben: Stopp für neue Business Apartments und Rückführung bestehender Umnutzungen in regulären Wohnraum.

Die Bewegung hat gezeigt, dass kreative Aktionen Aufmerksamkeit erzeugen und Menschen mobilisieren. Nun geht es darum, den Druck weiter zu erhöhen: mit neuen Initiativen, neuen Aktionsformen und einem wachsenden Netzwerk von Menschen, die nicht akzeptieren wollen, dass Wohnraum zur Ware wird.

Zürich gehört seinen Bewohnerinnen und Bewohnern. Reclaim Wiedikon. Reclaim Zürich.

Claudio Baldi,
AL-Quartiergruppe 3

Abrechnung der Wahlen 2026

Von Transparenz bei den Wahl- und Abstimmungsfinanzen reden viele, die AL praktiziert sie seit 2014. Wie versprochen, legen wir die Abrechnung für die Stadt-zürcher Stadt- und Gemeinderatswahlen vor. Budgetiert hatten wir zum Schluss 200'000 Franken, ausgegeben haben wir etwas mehr, nämlich 205'376 Franken. Davon entfielen 67'000 – ein Drittel – auf den Stadtratswahlkampf.

Nach bewährtem Muster arbeiteten wir mit einem rollenden Budget und stockten unser Spendenziel anhand der Eingänge bis Mitte Januar sukzessive von

60'000 auf 110'000 Franken auf. Den neuen Spielraum im Ausgabenpool nutzten wir vor allem für Social Media. Der Beizug eines eigenen Video-Creators zahlte sich aus: Unsere Reichweite und die Follower-Zahlen auf Instagram und Tiktok vervielfachten sich. Die Flyerverteilung konnten wir auf weitere Quartiere ausweiten. Grosse Aufmerksamkeit schenkten wir unserem visuellen Auftritt, der in einem komplett neuen Look daherkam und weitherum positive Beachtung fand. Wir sparten auch nicht bei den zahlreichen Events, die von den Quartiergruppen organisiert wurden.

Zwischen August 2025 und März 2026 erhielten wir 617 Wahlspenden mit total 125'922 Franken. Dank dem erfolgreichen Fundraising musste die AL-Kasse statt der budgetierten 90'000 bloss 79'764 Franken aus ihren Reserven beisteuern.

Der Hauptharst der Zahlungen – knapp zwei Drittel – entfällt auf Spenden bis und mit 199 Franken. Diese machen

Anzahl	Betrag	Total
214	unter 100.-	8'730
185	100-199.-	19'722
125	200-999.-	37'032
15	1000 und mehr	31'200
62	Konto Tanja Maag	22'857
16	Naturalspenden	4'695
	Barspenden Events	1'686
617		125'922

aber bloss knapp ein Viertel der Einnahmen aus. Je einen leicht grösseren Anteil machen die Spenden zwischen 200 und 999 Franken und 1000 Franken und mehr aus. Die AL braucht beides: viele kleine Spender:innen und eine solide Zahl von mittleren und grossen Gönner:innen.

Allen, die mit einer Spende diesen intensiven und kreativen Wahlkampf ermöglicht haben, an dieser Stelle unser herzlicher Dank!

Stephan Schnidrig,
Kassier

Plakate: Druck und Aushang	73'826
Flyer: Druck und Verteilung	26'162
Inserate, Beilagen	14'465
Online, social media	12'112
Events	10'811
Grafik, Fotografie	44'930
Diverses	8'070
Zusatzkosten Personal	15'000
Ausgaben total	205'376

Raum einnehmen!



Kaum sind die Wahlen vorbei, beginnt bereits die parlamentarische Arbeit. Kommissionen werden zugeteilt, erste Sitzungsdaten festgelegt, Termini

verschieben sich und fügen sich neu. Die Agenda füllt sich schneller, als man denkt.

Den Wahltag selbst erlebte ich in Barcelona – räumlich weit entfernt und doch gedanklich ganz in Winterthur. Nachrichten kamen im Minutentakt: Zwischenstände, Zahlen, Prognosen. Mit jedem ausgezählten Stadtkreis zeichnete sich das Resultat klarer ab. Dann die Gewissheit: drei Sitze für die AL!

Ein Wähler:innenzuwachs von 30,6 Prozent ist ein starkes Signal. Es zeigt das Bedürfnis nach klarer, sozialer Politik; nach einer Stadt, die allen gehört und in der Wohnen bezahlbar bleibt. Eine Politik, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet.

Der Wahlkampf war für mich anspruchsvoller als erwartet. Es war das erste Mal, dass ich mich einer ganzen Stadt als mögliche Vertreterin vorstellte. Dieses Sich-Zeigen und Sich-Präsentieren war für mich Neuland. Immer wieder wurde ich gefragt: «Was willst du verändern? Wofür stehst du ein?» Fragen, die einfach klingen und doch nicht leicht zu beantworten sind. Der Hauptgrund für meine Kandidatur ergab sich fast von selbst: Ich wollte, dass mehr Frauen im Parlament vertreten sind. Dennoch schwankte ich lange zwischen Vertrauen und Ungewissheit – unsicher, ob ich die richtige Person bin, die dieser Herausforderung wirklich gewachsen ist.

Diese Erfahrung teilen viele FINTA*-Personen in und ausserhalb der Politik. Und im Austausch mit ihnen wurde sie besonders greifbar. Gerade darin lag aber auch etwas Verbindendes, im gemeinsamen Zögern und im gegenseitigen Bestärken. Vielleicht liegt genau hier eine Perspektive für die Zukunft: dass aus dieser geteilten Erfahrung mehr entsteht als Unsicherheit – nämlich die Selbstverständlichkeit, als FINTA*-Person Raum einzunehmen, auch in der Politik.

Rona Jung,
AL Winterthur

AL im Wandel

Für die AL waren die Wahlen ein Erfolg. Zwar haben wir den Wiedereinzug in den Stadtrat nicht geschafft. Doch das gute Resultat von Tanja Maag zeigt, dass dies in Zukunft durchaus wieder ein realistisches Ziel sein kann. In Zürich konnten wir Wähler:innen hinzugewinnen und unsere acht Sitze verteidigen und in Winterthur sogar von zwei auf drei Sitze zulegen. Das ist in der aktuellen politischen Grosswetterlage nicht selbstverständlich. Es waren primär die beiden grössten Parteien, die zulegen konnten, und die Halbierungsinitiative hat viele, sonst wahlabstinente Wahlberechtigte mobilisiert, die die SP-Liste eingelegt haben.

Stabil trotz personeller Erneuerung

Das gute Wahlergebnis ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil die AL in einem Erneuerungsprozess steckt. Viele bekannte Köpfe der AL bekleiden keine politischen Ämter mehr, figurierten nicht mehr auf Spitzenplätzen und sind heute eher im Hintergrund aktiv. Im Gemeinderat wird die AL mehrheitlich von Menschen vertreten, die in den letzten Jahren neu dazugestossen sind.

Mit einem neuen grafischen Auftritt wurde dieser Erneuerungsprozess sichtbar gemacht. Der Slogan «radikal sozial» trifft unsere Politik punktgenau und hat viele Menschen angesprochen. Wir konnten in den letzten Monaten viele neue Mitglieder und Aktivist:innen dazugewinnen – in einem Ausmass, wie schon lange nicht mehr.

Erfolgreiche «Reclaim»-Kampagnen

Mit den «Reclaim»-Kampagnen haben wir auf ein drängendes wohnpolitisches Thema aufmerksam gemacht. Und gezeigt, wie der SP-dominierte Stadtrat das Thema Business Apartments schleifen liess und sich – trotz erheblichem Druck der AL – jahrelang konstant weigerte, Gegenmassnahmen zu treffen. Heute sehen wir, zu welchem verheerenden Resultat diese Politik geführt hat. Mit «Reclaim Wiedikon», «Reclaim Chreis Cheib» und «Reclaim Züri-Nord» haben wir allein in vier Stadtkreisen knapp 1200 Business Apartments recherchiert und das Ausmass sichtbar gemacht.

«Alternative Linke» in Winterthur

Am 4. April 2027 werden Kantons- und Regierungsrat neu gewählt. Dabei stellt sich die Frage, ob die AL weiterhin «Alternative Liste» heissen will oder sich umbenennen soll zu «Alternative Linke», wie das in Winterthur bereits geschehen ist.

Als sich die AL Winti 2024 von ihren losen Strukturen verabschiedete und offiziell zu einer Partei wurde, war die Bezeichnung «Liste» nicht mehr passend. Dem Namen haftet etwas Unverbindliches an. Er klingt mehr nach einem Wahlbündnis als nach einer politischen Partei. Seither heisst die AL in Winterthur «Alternative Linke». Auf die Wahlen hatte die Umbenennung keinen negativen Einfluss. Im Gegenteil: Vielleicht war sie sogar hilfreich für die Mobilisierung und dafür, dass die AL in Winti zulegen konnte.

GV entscheidet über Umbenennung

Da wir für die kantonalen Wahlen mit gemeinsamen Listen antreten, macht es Sinn, dass die AL auch mit vollem Namen überall gleich heisst. Zumal unser bekanntes Kürzel «AL» auch beim Ausweichen von den zwei Buchstaben bestehen bleiben würde. Darüber entscheiden wir an der Mitgliederversammlung vom 26. Mai 2026.

Klares politisches Profil

«Alternative Linke» steht für eine Partei mit einem klaren politischen Profil. Eine, die mit parlamentarischen wie nichtparlamentarischen Mitteln die gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen will. Treffsicherer kann man die AL und ihr politisches Programm eigentlich gar nicht bezeichnen.

Der Zeitpunkt für die Umbenennung scheint perfekt. Die AL befindet sich in einem Erneuerungsprozess und die Namensänderung gibt uns die Chance einer Neupositionierung, ohne unsere DNA in Frage zu stellen. Sie ist ein Statement für eine politische Kraft links der SP, die regional in Parlamenten tätig ist, sich aber auch überregional engagiert und die beunruhigenden weltpolitischen Entwicklungen nicht ignoriert. Ein Statement für eine Alternative innerhalb der Linken, die nicht Teil des Establishments ist.

«Alternative Linke» steht für Aufbruch und für die konsequente Weiterführung des bisherigen Erneuerungsprozesses. Damit es uns gelingt, noch mehr Menschen anzusprechen, die mit den herrschenden Ungerechtigkeiten nicht einverstanden sind.

Stefan Wyss,
Wahlgruppe

AL unterstützen

Damit wir weiterhin radikal sozial sein können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Systemproblem statt Einzelfälle



Im Kantonsrat wurde Ende März die Volksinitiative zur Nachtruhe am Flughafen Zürich beraten. Die heutige Praxis ist schlicht unhaltbar. Die gesetzlich vorgesehene Nachtruhe wird regelmässig

unterlaufen; Verspätungen werden systematisch in die Nachtstunden verschoben und dort als «unvermeidbare Einzelfälle» deklariert. Für die betroffene Bevölkerung bedeutet das: massiver Lärm, zu wenig Schlaf und ein tiefer Einschnitt in die Lebensqualität.

Die AL sagt deshalb Ja zur Volksinitiative und ebenso Ja zum Gegenvorschlag der Kommission. Während die Initiative klare Grenzen setzt und den Schutz der Bevölkerung konsequent ins Zentrum stellt, bringt der Gegenvorschlag zumindest punktuelle Verbesserungen bei Lärmgebühren und Transparenz – auch wenn er leider in der bestehenden Wachstumslogik gefangen bleibt.

Beschämend ist, dass alle anderen Fraktionen im Kantonsrat die Initiative abgelehnt haben. Mit fadenscheinigen Argumenten wie fehlender Zuständigkeit

des Kantons, rechtlichen Bedenken oder Sachzwängen des internationalen Flugverkehrs. Für uns ist klar: Es ist keine Frage der Zuständigkeit, sondern eine des politischen Willens. Der Kanton stellt immerhin ein Drittel des Verwaltungsrates der Flughafen AG ZH.

Diese Ausflüchte verschieben die Verantwortung weg von der Politik und erklären den heutigen Zustand als unveränderbar. Wer sich auf Zuständigkeiten beruft, statt Lösungen einzufordern, nimmt die gesundheitliche Belastung der Bevölkerung bereitwillig in Kauf, um die Profite der Luftfahrtindustrie abzusichern. Wer den internationalen Flugverkehr als unantastbare Grösse darstellt, setzt wirtschaftliche Interessen über die Bedürfnisse der Menschen.

Die zentrale Fragestellung ist die der Priorisierung. Nicht die Bevölkerung hat sich dem Flugverkehr unterzuordnen, sondern der Flugverkehr den Regeln, die gewählte Volksvertreter:innen zum Schutz der Allgemeinheit erlassen. Nachtruhe ist kein Verhandlungspunkt und kein politisches Tauschgeschäft. Sie ist eine Voraussetzung für Gesundheit und Lebensqualität und muss endlich konsequent durchgesetzt werden!

Gianna Berger,
AL-Kantonsrätin

Ein unangenehmer Vorgeschmack



Meine Erleichterung am 8. März war gross. Nicht nur konnten wir 1000 Wähler:innen dazugewinnen und unsere Sitze halten, auch die linke Mehrheit blieb knapp erhalten. Doch schon kurz

nach den Wahlen zeigte sich, dass man nicht allzu viel auf diese vermeintliche Mehrheit setzen sollte. Jetzt wo an der Urne keine Konsequenzen mehr möglich sind, entdeckt die Sozialdemokratie ihre alte Liebe für Kompromisse mit Rechts wieder. Eine Vorlage nach der anderen spannte die SP mit der FDP zusammen und liess ihre Partner links liegen. Mit der Marina Tiefenbrunnen erhalten wir so einen Hafen exorbitanten Ausmasses für Goldküste und Zürichberg mit Kosten von über 100 Millionen und mit dem Tram Affoltern ein Projekt, das den MIV aus-

baut und für das die städtischen Steuerzahler:innen dem Kanton 60 Millionen schenken sollen.

Die zwei Grossprojekte stehen exemplarisch für das, was uns in der nächsten Legislatur erwarten könnte. Obwohl AL und Grüne praktikable und sinnvolle Alternativen vorgeschlagen haben, war unseren Genoss:innen eine Allianz mit dem Bürgertum genehmer.

Es ist deshalb wichtig, dass wir als AL in der neuen Legislatur unseren linken Widerstand gegenüber dem sozialdemokratischen Cüpli-Sozialismus intensivieren. Denn eine «linke Mehrheit», die bei den entscheidenden Fragen nach rechts kippt, ist keine, auf die man sich verlassen kann. Umso mehr braucht es eine AL, die Druck macht, Alternativen aufzeigt und den bequemen Schulterchluss mit FDP und Bürgerlichen konsequent stört, damit er für die SP politisch zum Rohrkrepierer wird.

Moritz Bögli,
AL-Gemeinderat

AL radikal sozial

14. Januar: Gemeinderat überweist Postulat von Tanja Maag und Christian Häberli für eine nicht-kommerzielle Zwischennutzung auf dem Schlachthofareal.

17., 24., 31. Januar und 7. Februar: Quartiersspaziergänge von Reclaim Chreis Cheib, Reclaim Wiedikon und Reclaim Züri Nord gegen Business Apartments und kommerzielle Airbnbs.

19. Januar: Gianna Berger verlangt zusammen mit Kantonsrät:innen von SP und Grünen vom Regierungsrat Auskunft über Anzahl, Verteilung und Nutzung von Zweitwohnungen sowie Möglichkeiten einer Zweitwohnungssteuer.

20. Januar: Podium von AL und ZAS* zum Kisp: Nutzen statt Abreissen.

21. Januar: Gemeinderat empfiehlt AL-Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende» mit 107 gegen 8 Stimmen zur Ablehnung.

4. Februar: Postulat von AL, Grünen und SP zur Stärkung des medizinischen und psychotherapeutischen Angebots für binäre und nicht-binäre trans Menschen wird dem Stadtrat überwiesen.

25. Februar: AL fordert in einer Fraktionserklärung einen sofortigen Zulassungsstopp für Business Apartments.

2. März: Kantonsrat überweist dringliches Postulat von AL, SP, Grünen, Mitte und EVP für Massnahmen, damit Prämienverbilligungen auch tatsächlich bei Menschen mit tiefen Einkommen ankommen.

1. April: Überweisung der gemeinsamen dringlichen Motion von SP, Grünen und AL für die Erhöhung des Anteils städtischer Kitas auf mindestens ein Viertel bis 2040.

8. April: AL kritisiert im Gemeinderat in einer Fraktionserklärung scharf den für 2027 geplanten Abriss der beiden Hallen auf dem Areal des Güterbahnhofs für den Bau eines Luxus-Treppenaufgangs.

13. April: Im Kantonsrat doppelten Gianna Berger und Manuel Sahli nach und verlangen vom Regierungsrat Auskunft über die Planung des Güterbahnhof-Areals, den vorgesehenen Abriss auf Vorrat und den Einbezug betroffener Akteure, namentlich von Art Dock und Kanti Wiedikon.



AL, hör die Signale!



Viele Menschen mit Migrationshintergrund befinden sich in einer emotional sehr schwer ertragbaren Lage. Täglich erreichen sie Nachrichten

über die Schrecken in ihren Herkunftsländern, während westliche Leitmedien kaum über die Auswirkungen der Kriege in Westasien berichten. Gerade letztere radierte die israelische Armee wieder Dörfer aus, bombardierte Ambulanzen und tötete unzählige Sanitäter. Auch die Zerstörung libanesischer Kirchen und Klöster war keine Meldung wert. Hinzu kommt: Wer aus der arabischen Welt stammt und den israelischen Genozid in Gaza und die Kriegsverbrechen der Netanyahu-Gang anprangert, wird als Antisemit diffamiert. Wer den US-Aggressionskrieg gegen den Iran verurteilt, wird als Mullah-Anhänger abgestempelt.

Der grosse Schmerz, in Realzeit zusehen zu müssen, wie Brüder und Schwestern massakriert werden, treibt hunderttausende migrantische Menschen in London, Paris, Berlin und anderen Orten auf die Strasse. Und neben ihnen laufen meist nur sehr junge «weisse» Middle-Class-Kids mit. Und vielleicht noch eine Handvoll alter Aktivist:innen der ausserparlamentarischen Linken. Was in der Schweiz auffällt: Die Demos werden weder von den institutionellen grösseren noch von den kleinen linken Parteien organisiert.

Wir alle kennen den Liedtext: «Völker, hört die Signale! ... Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!» Die Internationale wurde vor 157 Jahren geschrieben. Und nach dem 2. Weltkrieg wurde das «Menschenrecht» von den imperialen Mächten sogar juristisch festgeschrieben. Nun erleben wir den Niedergang des US-Imperiums. Wie uns die Geschichte lehrt, ist das immer der gefährlichste Moment, da Kriege einer untergehenden Weltmacht die brutalsten sind. Und im Krieg gelten Menschenrechte nichts mehr.

Was heisst das nun für die AL? Will sie eine wahrhaft linke Partei sein, muss ihr Einsatz für Menschenrechte mehr als ein Lippenbekenntnis sein. Das nennt sich internationale Solidarität.

Samir, Filmemacher

«10-Millionen-Schweiz»: Scheinlösung für echte Probleme

Am 14. Juni stimmt die Schweiz über die «Keine 10-Millionen-Schweiz»-Initiative der SVP ab. Unter dem wohlklingenden Label «Nachhaltigkeit» präsentiert sie eine vermeintlich einfache Antwort auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen: Weniger Zuwanderung soll Wohnungsnot, Umweltbelastung und «Dichtestress» lösen. Diese Diagnose greift nicht nur zu kurz – sie lenkt gezielt von den eigentlichen Ursachen ab.

Kern der Initiative ist eine Obergrenze von zehn Millionen Einwohner:innen bis 2050. Bereits ab 9,5 Millionen müssten Bund und Kantone Massnahmen ergreifen, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug. Wird die Grenze überschritten, wären weitergehende Eingriffe bis hin zur Kündigung internationaler Abkommen vorgesehen – ausdrücklich auch der Personenfreizügigkeit mit der EU.

Die politische Stossrichtung ist klar: Nicht «die Zuwanderung» insgesamt steht im Fokus, sondern bestimmte Gruppen. Während die SVP gleichzeitig Standortförderung betreibt und internationale Konzerne anzieht, geraten vor allem Asylsuchende und Arbeitnehmende im Niedriglohnsektor ins Visier. Diese selektive Problemwahrnehmung ist kein Widerspruch, sondern Teil der Strategie: Rechte beschneiden, Schutz abbauen und damit die Ausbeutbarkeit erhöhen.

Historisch ist das kein neuer Ansatz. Bereits frühere Vorlagen zielten darauf ab, Migration zu begrenzen, ohne die ökonomischen Interessen dahinter anzutasten. Die aktuelle Initiative knüpft daran an und verschärft den Druck – etwa durch mögliche Einschränkungen beim Familiennachzug. Die Gefahr einer schleichenden Rückkehr zu prekären Aufenthaltsregimen ist real.

Die eigentlichen Ursachen bleiben ausgeblendet

Besonders deutlich wird die Verkürzung beim Thema Wohnungsmarkt. Die Initiative suggeriert, die Knappheit sei primär eine Folge von Bevölkerungswachstum. Tatsächlich ist sie Ergebnis politischer Entscheidungen: unzureichende Regulierung, Renditedruck und eine Bautätigkeit, die sich auf hochpreisige Segmente konzentriert. Wer diese strukturellen Ursachen ausblendet, wird das Problem nicht lösen.

Ähnlich verhält es sich mit der Umweltfrage. Der ökologische Fussabdruck hängt weit stärker von Konsum, Produktion und Energiepolitik ab als von der absoluten Bevölkerungszahl. Eine Politik, die Wachstum aktiv fördert und gleichzeitig Migration problematisiert, bleibt widersprüchlich.

Nicht zuletzt nimmt die Initiative erhebliche wirtschafts- und ausserpolitische Risiken in Kauf. Die mögliche Kündigung der Personenfreizügigkeit würde den bilateralen Weg insgesamt infrage stellen – mit weitreichenden Folgen, die in keinem Verhältnis zum behaupteten Nutzen stehen.

Menschen vs. Machtverhältnisse

Die «10-Millionen-Initiative» löst keine Probleme – sie verschärft sie. Sie greift Grundrechte an, spaltet die Gesellschaft und lenkt von den tatsächlichen Ursachen sozialer und ökologischer Krisen ab. Wer bezahlbaren Wohnraum, gute Arbeitsbedingungen und echte Klimapolitik will, muss sich mit den Machtverhältnissen anlegen – nicht mit den Menschen, die hier leben.

**Lisa Letnansky,
alt-Kantonsrätin AL**

CHAOS-INITIATIVE NEIN